

Wirtschaft

50

Euro gibt der Durchschnittsdeutsche im Jahr für Kaffee aus.

Kaffee bleibt den Deutschen lieb und teuer

Düsseldorf. (dpa) Für Kaffee greifen deutsche Verbraucher tief in die Tasche. Allein im Lebensmittelhandel und in Drogeriemärkten gaben sie zwischen Anfang Oktober 2018 und Ende September 2019 rund 3,9 Milliarden Euro dafür aus. Das entspricht fast 50 Euro pro Kopf. Das geht aus einer Analyse des Marktforschungsunternehmens Nielsen hervor. Hinzu kamen 690 Millionen Euro für Tee.

Während der Kaffeeabsatz insgesamt leicht rückläufig ist, habe sich der Absatz von Bio-Kaffee in zwölf Monaten um 14 Prozent erhöht. Der Bio-Marktanteil liege bei rund 4,3 Prozent. Was die Zubereitungsart angeht, lieben es die Bundesbürger bequem, wie die Nielsen-Analyse zeigt. Beim Tee liegt der Teebeutel mit einem Marktanteil von 82 Prozent klar vorne. Kaffee kaufen die Bundesbürger am liebsten fertig gemahlen. Auf den Klassiker entfiel rund die Hälfte der im Handel umgesetzten Kaffeemenge.



Eine Tasse Kaffee: Ihren liebsten Genuss lassen sich die Deutschen eine Menge kosten.

Bild: Friso Gentsch/dpa

WIRTSCHAFTSNOTIZEN

Nach dem Streik: Flugverkehr läuft normal

Frankfurt/München. (dpa) Nach dem Ende der zweitägigen Streiks der Flugbegleiter ist der Flugverkehr bei der Lufthansa am Samstag wieder weitgehend normal verlaufen. An den beiden größten deutschen Flughäfen Frankfurt und München gab es noch vereinzelte Ausfälle.

Nach Angaben vom Frankfurter Flughafen hat es am Samstag „einige Flugausfälle“ gegeben, darunter 20 Flüge der Lufthansa. Ähnlich viele seien in München ausgefallen. Die Gewerkschaft Ufo bewerte den Streik als „vollen Erfolg“. Ufo und die Lufthansa wollen nun über eine mögliche Schlichtung beraten. Beide Seiten vereinbarten Stillschweigen über die Gespräche, die am Sonntag beginnen sollten.

Zuschuss: Bahnkonkurrenz beschwert sich bei der EU

Berlin. (dpa) Von den im Klimapakete festgelegten Milliarden für die Deutsche Bahn darf aus Sicht der Wettbewerber nicht ausschließlich der Staatskonzern profitieren. Das Netzwerk Europäischer Eisenbahnen (NEE) sowie der Interessenverband Mofair wollen die EU-Kommission informieren.

Aus ihrer Sicht handelt es sich um eine „unzulässige Beihilfe, weil sie den Wettbewerb im Be-



Das DB-Logo. Die Konkurrenz sieht den Staatskonzern einseitig bevorzugt.

Bild: Christoph Soeder/dpa

reich der Verkehrsunternehmen auf der Schiene zugunsten der Deutschen Bahn verzerrt“. Zu diesem Schluss kommt ein in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten, das die DB-Konkurrenten der EU-Kommission kommende Woche übermitteln wollen.

Freiwillig weg von Zucker, Salz und Fett

Weniger Zucker im Kindermüsli, nicht mehr so viel Salz in der Tiefkühlpizza: Im Kampf gegen „Dickmacher“ will die Regierung Hersteller für freiwillige Umstellungen gewinnen. Geht das voran?

Berlin. (dpa) Ernährungsministerin Julia Klöckner (CDU) setzt auf Zusagen weiterer Lebensmittelbranchen, um zu weniger Zucker, Fett und Salz in Fertigprodukten zu kommen. Fast ein Jahr nach dem Beschluss einer „Reduktionsstrategie“ im Bundeskabinett liegen acht freiwillige Vereinbarungen vor. Weitere würden angestrebt und seien in Arbeit. Damit verpflichten sich Hersteller dazu, bis 2025 schrittweise Rezepturen zu verändern. Die Grünen dringen darauf, mögliche Gesundheitsfolgen bei Zucker-Ersetzstoffen zu erforschen.

Meist geht es in den bisherigen Vereinbarungen um weniger Zu-

cker. So soll in Frühstückscerealien für Kinder eine Reduzierung um mindestens 20 Prozent erreicht werden, in gesüßten Milchprodukten für Kinder um 15 Prozent. Ein Zucker-Minus von 15 Prozent sagten auch zwei Verbände für Erfrischungsgetränke wie Limonaden oder Cola zu, ebenso die Fruchtsaft-Industrie für fruchthaltige Getränke mit Zuckerzusatz. Die Prozentangaben beziehen sich laut Ministerium jeweils auf den Durchschnitt des Sortiments.

Zwei von drei Männern zu dick

Bei Tiefkühlpizzen geht es um weniger Salz. Angestrebt wird, den durchschnittlichen Gehalt über das gesamte Pizza-Sortiment bis Ende 2025 auf 1,25 Gramm pro 100 Gramm zu senken, wie die Vereinbarung des Branchenverbands festhält.

Die Bundesregierung hatte die von Klöckner vorgelegte „Nationale Reduktions- und Innovationsstrategie“ im Dezember 2018 beschlos-



Der Dickmacher Nummer ein: Ministerin Julia Klöckner (CDU) will, dass die Lebensmittelwirtschaft freiwillig auf Zucker verzichtet. Bild: Rolf Vennenbernd/dpa

sen. Die Umsetzung startete mit Beginn dieses Jahres. Ziel ist, zu einer gesünderen Ernährung beizutragen. In Deutschland gelten laut Ministerium 47 Prozent der Frauen, 62 Prozent der Männer und 15 Prozent der Kinder als übergewichtig.

Zu viel Zucker, Fett und Salz erhöhen auch das Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Diabetes.

Kritik an „laschem“ Vorgehen

Zwei Vereinbarungen sagen Reduzierungen zu, ohne bezifferte Ziele. So will das Bäckerhandwerk für einen „sinn- und maßvollen Umgang mit Salz als Zutat“ werben. Der Bundesverband des Deutschen Lebensmittelhandels formuliert das Ziel, den Anteil von Zucker, Salz und Fett bei Eigenmarken der Handelsketten zu senken. Konkretes sollen die Unternehmen festlegen.

Von Verbraucherschützern und Medizinern kommt Kritik an „zu laschen“ Zielen und der Vorgehensweise der Ministerin auf freiwilliger Basis. Sie fordern seit langem ein stärkeres Gegensteuern auch mit Werbebeschränkungen oder Extrasteuern. Klöckner will dagegen bewusst auf Selbstverpflichtungen setzen und nicht auf starre gesetzliche Maßnahmen und „Einheitsrezepte“.

DIE BÖRSENKOLUMNE VON ROBERT BEER

Ist die Zinswende möglich?

Nach acht Jahren ist die Zeit von Mario Draghi als Chef der Europäischen Zentralbank EZB vorbei. Nach seiner 2012 gehaltenen „Whatever it takes“-Rede wurde der Italiener als Euro-Retter gefeiert, nun mit warmen Worten aus dem Amt verabschiedet. Es gibt jedoch auch viele, die ihn nicht hinterhertrauern. Nachfolgerin ist Frankreichs frühere Wirtschafts- und Finanzministerin sowie IWF-Direktorin Christine Lagarde. Sie ist nicht nur die erste Frau an der Spitze der EZB, sondern auch Juristin. Erstmals führt kein Ökonom die europäische Zentralbank. Da sie der Politik sehr nahe steht, wird sich der lockere geldpolitische Kurs der EZB wohl kaum ändern.

Zunächst ist festzuhalten, dass Draghi bei Antritt 2011 auf dem Höhepunkt der Eurokrise vor der Qual

der Wahl stand: Entweder die hochverschuldeten Südeuropäer unter ihrer hohen Zinslast zusammenbrechen zu lassen oder die Zinsen so weit zu senken, dass quasi jede Schuldenhöhe tragbar wird. Draghi entschied sich für die Rettung. Zin-



sen wurden gesenkt und zusätzlich durch neu gedruckte Euros Billionen an Schulden der Euro-Staaten aufgekauft. Die Folge: Selbst Griechenland muss nur noch Mini-Zinsen zahlen. Die meisten Euro-Länder erhalten im kurz- und mittelfristigen Bereich sogar Zinsen von den Anle-

gern, wenn sie sich Geld leihen. Damit lassen sich auch teure Wahlgeschenke finanzieren.

Die Regeln der Währungsunion werden weiter nicht eingehalten, ohne dass dies sanktioniert würde. Frankreich hat eine Staatsverschuldung von 98 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, Italien von 132 und Griechenland von 181 Prozent. Laut Maastricht Vertrag sind aber nur 60 Prozent erlaubt.

Trotz Null-Zinsen ist die Verschuldung vieler Länder weiter gestiegen. Das heißt, steigende Zinsen wären für sie einfach nicht tragbar. Je mehr Schulden die Euro-Staaten anhäufen, desto sicherer bleiben die Zinsen nahe Null. Somit wird die Politik weiter Druck auf die EZB ausüben, Staatsanleihen aufzukaufen und Zinsen niedrig zu halten. Ausgesprochenes Ziel der EZB ist es, mindestens 2 Prozent Inflation zu erzeugen.

Negative Zinsen und Inflation reduzieren den Wert der Schulden. Das freut die Regierungen vieler Länder. Die Schuldenberge können weiter wachsen, ohne dass es etwas kostet.

Doch auch diese Medaille hat zwei Seiten. Das Guthaben der Sparer verliert an Wert. Auch die Vorsorgeinstrumente der Pensionskassen oder der Lebensversicherungen sind negativ betroffen. Sparer werden auf steigende Zinsen noch lange warten müssen. Am Kapitalmarkt erwartet derzeit niemand, dass Lagarde den Leitzins so schnell anheben wird.

Im Gegenteil, sollte die Konjunktur sich einmal deutlicher abschwächen, wird sie geldpolitisch weiter Gas geben. Die verschärfte Zins-Situation bringt auch Banken in Schwierigkeiten. Bei Kredit-Konditionen unter einem Prozent pro Jahr schmelzen die Zinserträge massiv ab. Denn Banken verdienen an der

Differenz zwischen Kredit- und Einlagenzinsen. Daher beginnen einige Banken – vor Jahren unvorstellbar – für Guthaben ein „Verwahrentgelt“, also einem „Strafzins“ zu verlangen.

Für Sparer bedeuten negative Zinsen und Inflation permanente Vermögensvernichtung. Für den Kapitalanleger sind es dagegen goldene Zeiten. Sachwerte profitieren von der Entwicklung. Da die Immobilienpreise bereits erheblich zugelegt haben, sollten Investoren aber vorsichtig werden. Auch bei Aktien sollte aktuell sehr behutsam und selektiv vorgegangen werden.

Robert Beer ist Fondsmanager und Inhaber der Robert Beer Investment GmbH in Parkstein. Als Buchautor befasst er sich zudem seit den 1980er-Jahren mit der Wirtschaft und den Kapitalmärkten.